

Köln schafft sich ab – aber mit Formularen und Stempel vom Amt

In Köln, einst das Zentrum des deutschen Katholizismus, rufen zukünftig Muezzine die Muslime zum Freitagsgebet – also nicht per Telefon, sondern per Lautsprecher von einem Minarett aus oder so. Ganz genau ist das noch nicht geregelt, aber es muss geregelt werden, denn wir sind ja in Deutschland. Wer schon mal in Arabien oder in der Türkei war, weiß, wie das klingt.

Also, interessierte Moscheegemeinden, die am „Modellprojekt“ teilnehmen möchten, müssen – na klar – erstmal einen Antrag stellen. Für den Gebetsruf gelten für jede Gemeinde „individuelle Auflagen“. Und die werden – klar – in einem Vertrag mit der Stadtverwaltung geregelt. So darf etwa der Gebetsruf freitags nur in der Zeit zwischen 12 bis 15 Uhr erfolgen und maximal fünf Minuten dauern. Das macht uns Deutschen keiner nach, oder? Ich frage mich, was passiert, wenn der Muezzin sechs Minuten ruft. Kommt dann ein SEK? Oder ein Gerichtsvollzieher? Oder die Gleichstellungsbeauftragte? Apropos, die könnte dann gleich mal fragen, wie es mit dem Frauenanteil bei den Muezzinen so ist und neue Wortkrationen wie Muezz_*Inninnen einführen.

Auch für die Lautstärke wird je nach Lage der Moschee von der Stadt eine Höchstgrenze festgelegt. Die umliegende Nachbarschaft der Moscheegemeinde muss im Vorfeld frühzeitig informiert werden. Und jede Gemeinde muss eine Ansprechperson für die Nachbarschaft benennen, die Fragen beantworten oder Beschwerden entgegennehmen kann. Aber, aber, liebe Frau Oberbürgermeisterin Reker, wer wird sich denn da beschweren? Wir sind doch tolerant in Köln und leben bunte Vielfalt. Und außerdem will kein Nachbar Stress mit der bunten Vielfalt, Sonst heißt es schnell mal „Allahu Akbar“ abends vor dem Balkonfenster...

Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit! Auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

